

Impulspapier: Freiwilligendienste als Orte der politischen Bildung

Vorbemerkung

Gemeinsam mit den Bundesarbeitskreisen BAK FSJ und BAK FÖJ befasste sich die AG 3 „Freiwilligendienste“ des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) im Rahmen eines Fachworkshop am 22. Juni 2015 bei und in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin mit dem Thema „Freiwilligendienste – Orte politischen Lernens. Konzepte und Methoden“. Anlass war die Entscheidung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), dass die im Bundesfreiwilligengesetz (BFDG) vorgeschriebenen fünftägigen Seminare für politische Bildung – wie bisher bereits praktiziert – auch künftig ausschließlich von den Bildungsstätten des Bundes durchgeführt werden sollen. Anträge freier Trägerverbände, diese Seminare für die von ihnen begleiteten BFD-Freiwilligen zu gestalten – wie sich dies für die Teilnehmenden der Jugendfreiwilligendienste seit Jahrzehnten bewährt hat – wurden abgelehnt.

Als Ergebnis dieses Workshops hat die AG 3 „Freiwilligendienste“ dieses Papier verfasst und in seiner Sitzung am 20.10.2015 in Köln beschlossen. An den Sprecherrat des BBE ergeht die Bitte, dieser Stellungnahme zuzustimmen und sie an das BMFSFJ und die Fraktionen des Bundestags weiter zu leiten.

1. Freiwilligendienste sind Bildungs- und Orientierungsdienste und eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements

Das Tätigwerden und die Verantwortungsübernahme im Kontext gemeinnütziger Einrichtungen / Aufgabenbereiche bieten Freiwilligendienstleistenden neue und andere Möglichkeiten des Lernens als z.B. die formalen Lernprozesse in der Schule: Sie erleben in non-formalem und informellen Lernen neue gesellschaftliche Kontexte, können ihre individuellen Fähigkeiten erkunden, ausprobieren und Selbstwirksamkeit erfahren. Freiwilligendienstleistende, die in ihrem alltäglichen Wirken in soziale, kulturelle, ökologische u.a. gesellschaftliche Zusammenhänge eingebunden sind, haben die Chance zu erfahren, wie notwendige und/oder wünschenswerte Lösungen für gesellschaftliche Fragen und Entwicklungen gefunden und auch, wie sie praktiziert werden.

Ob solche Lernprozesse stattfinden, ist abhängig von der Qualität der Anleitung und von der aktiven Mitgestaltungsmöglichkeit der Freiwilligen in den Einsatzstellen. Die weitere wichtige Bedingung für die Realisierung der Freiwilligendienste als Bildungs- und Orientierungs-

dienste ist die kontinuierliche Begleitung der Freiwilligen durch Träger und Zentralstellen und die Durchführung der gesetzlich vorgegebenen Seminare. Dazu gehört auch die politische Bildung, die ein wichtiger Bestandteil der Bildungstage in allen Freiwilligendienstformaten ist.

2. Warum Freiwilligendienste geeignete Orte politischen Lernens sind

Wesentlich für die Beantwortung dieser Frage ist zum einen die Qualität und Eignung der Einsatzstellen als Erfahrungsort politischer und gesellschaftlicher Realität. Zum anderen sind Strukturen erforderlich, die den Bezug zwischen den praktischen Tätigkeiten der Freiwilligen in den Einsatzstellen zu gesellschaftlichen und politischen Themen / Fragen herstellen helfen. Dabei geht es weniger um die Vermittlung von Wissen über Fakten und Strukturen der Politik, des Staates und der Gesellschaft, sondern vor allem um die Ermöglichung und Unterstützung des vom Einzelnen zu vollziehenden Prozesses, sich als „Teil des Politischen“ verstehen zu lernen. Ein solcher Prozess wird bei den Freiwilligendiensten vor allem dadurch begünstigt, dass an den konkreten, aktuellen Erfahrungen der Teilnehmenden und an der „nützlichen Erfahrung, nützlich zu sein“ (H. v. Hentig), angesetzt werden kann.

Als eine Zeit des Übergangs und eine i. d. R. einjährige, freiwillige Phase des Experimentierens in einer realen Lebenswelt sind sie gleichzeitig vor allem für Freiwillige unter 27 Jahren gut geeignet, sie bei der Entwicklung eigener Perspektiven in dieser Gesellschaft zu unterstützen. Die Berücksichtigung ihrer Interessen, ihrer Lebenswelt, ihrer Fragen zur Lebensbewältigung, zu gelingenden Übergängen, zu ihrer Zukunftsperspektive müssen deshalb Bestandteil dieses Prozesses sein.

Freiwilligendienste und die damit verknüpften Seminartage außerhalb der Einsatzstellen bieten eine ganz besondere Chance, die Erfahrungen der Teilnehmenden rational zu durchdringen und das Politische und ihre Rolle dabei sichtbar zu machen. Nicht nur für Jugendliche, sondern auch für ältere Freiwillige über 27 Jahre sollte diese Chance genutzt werden. Der Bildungs- und Orientierungsprozess bei den Älteren im Kontext der Freiwilligendienste hat allerdings eine andere Rahmung, bei der die jeweils sehr individuellen Interessen und Erfahrungen wie ihre Lebenssituation berücksichtigt werden muss.

3. Welche Strukturen die politische Bildung in und durch die Freiwilligendienste besonders begünstigen

Die Position des BMFSFJ ist nach wie vor, dass die politische Bildung der U 27- BFDler nur in den Bildungsstätten des Bundes stattfinden soll. Diese seien eine Nahtstelle, „an der sich der Staat aus der Anonymität des reinen Geldgebers herauslöst und sich unmittelbar und konkret im zwischenmenschlichen Kontakt zeigt“. Zudem zeichneten sich die Bildungsstätten des Bundes anders als die wertebundenen Angebote der freien zivilgesellschaftlichen Träger in

besonderem Maße durch „eine weltanschaulich-neutrale politische Bildung im Sinne der Werte unserer Verfassung“ aus (vgl. beim Workshop vorgelegte Thesen des BAFzA).

Diese Einschätzung wird von der AG „Freiwilligendienste“ nicht geteilt, weil für sie Werteppluralität ein wesentliches Element politischer Bildung ist. Auch die Mehrzahl der Fraktionen des Deutschen Bundestags teilt diese Einschätzung. Im aktuellen Positionspapier der SPD - Fraktion wird die Werteppluralität als Element politischer Bildung ausdrücklich hervorgehoben. Für den Prozess der politischen Bildung ist darüber hinaus die Werteorientierung der zivilgesellschaftlichen Träger von Bedeutung, weil sie in den Einsatzstellen praktisch erfahrbar ist und mit Unterstützung der begleitenden pädagogischen Maßnahmen den Freiwilligen eine gezielte Auseinandersetzung und Hinterfragung dieses Werteprofiles ermöglicht. Nur im engen Zusammenspiel mit Trägern und Einsatzstellen kann politische Bildung die non-formalen und informellen Lernprozesse in den Tätigkeitsprofilen der Freiwilligendienste der Reflektion zugänglich machen. Dieses Zusammenspiel und entsprechende „Curricula“ bieten den Freiwilligendiensten eine umfassendere Chance, bei den Teilnehmenden eine politisch-gesellschaftliche Mitverantwortlichkeit zu verankern.

Wenn politische Bildung vorrangig ein vom Einzelnen zu vollziehender Prozess ist, sich als „Teil des Politischen“ verstehen zu lernen, bieten die Freiwilligendienste hierfür eine große Chance, weil in der praktischen Tätigkeit der Einsatzstellen die zugrunde liegenden gesellschaftlich-politischen Zusammenhänge gesehen und erfahren werden können. Dies kann umso besser gelingen, wenn die Freiwilligen dabei von Personen begleitet werden, die mit ihrer individuellen Situation vertraut sind und diesen Bezug herstellen helfen.

Die Trägerstruktur der Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ eröffnet diese Möglichkeit: Die Verantwortlichen der Träger / Zentralstellen begleiten die Jugendlichen des FSJ, des FÖJ, aber auch die von ihnen betreuten Freiwilligen des BFD kontinuierlich während ihres Freiwilligenjahres und sind für diese auch bei Konflikten in den Einsatzstellen Ansprechpartner. Sie sind es auch, die gemeinsame Seminartage mit den Jugendlichen / jungen Erwachsenen zusammen konzipieren und durchführen können und ermöglichen ggf. eine engere Begleitung von Benachteiligten aber auch Minderjährigen.

Weil es keine zeitlichen Vorgaben für den Umfang der politischen Bildung gibt, können die 25 Seminartage der Jugendfreiwilligendienste ohne dezidierte Trennung zwischen politischer Bildung, Persönlichkeitsbildung, sozialer Kompetenz, Entdeckung neuer Fähigkeiten usw. stattfinden. Für die BFD-Teilnehmenden, die nur an 20 Seminartagen teilnehmen ist dies im organisatorischen Ablauf auch mit der einen oder anderen Nachfrage verbunden, warum sie 5 Tage exklusiv für die politische Bildung in die Bildungszentren des Bundes fahren müssen und Teilnehmende der Jugendfreiwilligen-

dienste nicht. Gleichzeitig bedeutet diese Trennung der FSJler und BFDler für die Träger ein verwaltungstechnisch enormer Zeitaufwand.

Diese – bezüglich der politischen Bildung – nicht nachvollziehbare Differenzierung zwischen FSJler_innen / FÖJler_innen und BFDler_innen und auch die für den Prozess der politischen Bildung relevanten Kompetenzen der begleitenden Träger- und Zentralstellenverantwortlichen legen eine enge Kooperation mit den Bildungszentren des Bundes und eine gemeinsame Gestaltung der politischen Bildung in der Logik von FSJ und FÖJ auch im BFD nahe. Diese Kooperation sollte sich nicht nur auf die Gegenüberstellung von und die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen politischen Positionen und gesellschaftlichen Entwicklungen beziehen, sondern auch Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft – z.B. durch die Wahl von Sprecher/-innen, durch die Gestaltung von Mitsprachemöglichkeiten in den Einsatzstellen und die Entwicklung eigener Projekte – sichtbar und erfahrbar machen.

4. Wie einer Sicherstellung der politischen Bildung in den Freiwilligendiensten durch die Politik besser entsprochen werden sollte

Zur Optimierung der politischen Bildung bei den und durch die Freiwilligendienste werden die folgenden Schritte vorgeschlagen:

- Die im Bundesfreiwilligengesetz (BFDG) vorgeschriebenen fünftägigen Seminare zur politischen Bildung sollen in Kooperation der Bildungszentren des Bundes mit den freien Trägern/den Zentralstellen stattfinden oder an diese übertragen werden (siehe auch nächsten Punkt). Ziele sind ein deutlicherer Bezug zum Erfahrungskontext der Freiwilligen und die Reflexion der eigenen Rolle in der Gesellschaft besser sicher zu stellen.
- Die auch die für die Beteiligten nicht nachvollziehbare Differenz zwischen politischer Bildung bei dem FSJ/FÖJ und dem BFD soll dort wo gewünscht aufgehoben werden.
- Wegen der langjährigen Erfahrung der Träger und Zentralstellen bei den Jugendfreiwilligendiensten, sollen sie an der Entwicklung der „Curricula“ für die politische Bildung im Rahmen des BFD beteiligt werden und nicht einer Beliebigkeit und / oder Zufälligkeit bei der Themenwahl unterliegen (Anm.: Partizipation ist mehr als zwischen zwei Themen möglicherweise wählen können).
- Es soll sichergestellt werden, dass die Einsatzplätze als Bildungs- und Orientierungsorte geeignet sind. Dies ist vor allem durch die Träger und Zentralstellen zu gewährleisten. Besonders die automatisch anerkannten früheren Zivildienstplätze in den Einsatzstellen des BFD sollten überprüft werden, ob sie gemeinnützig sind und als besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements und als Lern und Orientierungsort gelten können.

Das BMFSFJ wird gebeten, entsprechende Schritte gemeinsam mit den Trägern bzw. Zentralstellen der Freiwilligendienste in die Wege zu leiten.